

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 15.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration in seiner Sitzung am 27.03.2017 zu Nr. 1 sowie die mehrheitliche Beschlussempfehlung zu Nr. 2 des Beschlusses. Weiter verwies er auf die heutige Tischvorlage.

Der Abg. Skoda sagte, die Tätigkeit des Kommunalen Integrationszentrums befinde sich auf Grundlage eines Konzeptes, welches nach Ansicht seiner Fraktion ungeeignet sei. Solange dieses Konzept nicht geändert werde, unterstütze man nicht die Tätigkeit des Integrationszentrums.

Abg. Steiner bemerkte, dass Kommunale Integrationszentrum werde heute nach langem Widerstand von den Kommunen akzeptiert. Es biete eine hervorragende Unterstützung für die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis bei der Integrationsarbeit. Es gehe darum, die gute Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums weiterzuführen. Deshalb werde man dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Bezüglich des Wortbeitrages des Abg. Skoda sagte Abg. große Deters, er könne nicht verstehen, dass einerseits Probleme bei der Integration benannt werden, andererseits eine Institution abgelehnt werde, die Lösungen anbiete, um für eine gelungene Integration zu sorgen.

Abg. Hurnik bemerkte, die Stadt Troisdorf habe im Vergleich zu anderen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis einen hohen Ausländeranteil. Erste Integrationskurse und -maßnahmen habe sie bereits seit dem Jahre 1966 durchgeführt. Das zeige, wenn Integrationsarbeit kontinuierlich – wie auch jetzt koordinierend auf Kreisebene - erfolge, würden die vielfach behaupteten gesellschaftlichen Spannungen nicht entstehen.

Weiter wies er darauf hin, in der Stadt Troisdorf habe es seit 1966 keine massiven Auseinandersetzungen zwischen kulturellen Gruppen gegeben. Das zeige die Bedeutung von Integrationsarbeit, um den sozialen Frieden herzustellen. Aus diesem Grund halte er es für wichtig, dass man das Kommunale Integrationszentrum auf Kreisebene besitze und die Arbeit weiter fortgesetzt werde. Darüber hinaus sei es für eine positive Integration notwendig, die Arbeit des Integrationszentrums auszubauen. Das Land lebe wirtschaftlich von der Zuwanderung. Ohne Zuwanderung sei man in einer Generation wirtschaftlich am Ende. Das könne man sich nicht leisten. Deshalb setze man sich für eine Fortführung der Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums ein.

Abg. Skoda verwies zu dieser Thematik auf das Protokoll der Kreistagssitzung vom 29.06.2016 und merkte an, dass der Begriff „Integration“ bisher nicht von den Mitrednern definiert worden sei. Laut Duden habe Integration etwas mit Anpassung zu tun. Das sei jedoch nicht automatisch der Fall, wenn weiterhin eine Identifikation mit dem Ursprungsland bestehe.

Abg. Solf erklärte, er habe seinerzeit als Vertreter der CDU-Fraktion gemeinsam mit Vertreterinnen/Vertretern der SPD, den GRÜNEN, der FDP und dem damaligen Landesintegrationsminister das Konstrukt „Kommunale Integrationszentren“ erarbeitet und mit den kommunalen Spitzenverbänden des Landes abgestimmt. Hierüber bestand eine 100 %-ige Einigung.

Abg. Skoda merkte an, er sei in der heutigen Kreisausschusssitzung der Einzige, der eigene Erfahrungen hinsichtlich einer Migration besitze. Er besitze keinen tschechischen Pass und identifiziere sich nicht mit seinem Herkunftsland, da er seine Solidarität gegenüber der Gesellschaft bringe, in der er lebe. Das müsse man auch von den jetzigen Migranten erwarten

und verlangen. Dieses Ziel müsse bei der Integration deutlich formuliert werden, sonst werde sie nicht gelingen.

Sodann ließ der Landrat zifferweise den Beschlussvorschlag abstimmen.